

Antrag 285/I/2025**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Internationale Klimagerechtigkeit**

1 Wir fordern die deutsche Bundesregierung und insbe-
 2 sondere die SPD dazu auf, bei den zukünftigen UN-
 3 Klimakonferenzen (COP) auf eine ambitionierte und sozial
 4 gerechte internationale Klimapolitik hinzuwirken.

5

6 Folgende Maßnahmen sind hierbei essentiell:

7 **I. Gerechtigkeit in der Finanzierung des Klimaschutzes, der
 8 Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und der
 9 Klimafolgeschäden sicherstellen:**

10 • Eine Anerkennung der ‚wahren‘ Kosten, die der
 11 Klimawandel verursacht, ist nötig. Neueste Schätz-
 12ungen verdeutlichen die möglichen dramatischen
 13 Schäden, von fast 20 Prozent Einkommensverlust
 14 weltweit bis 2050 und damit Bedarfe auch über dem
 15 auf der COP29 vereinbarten Klimafinanzierungsziel
 16 von 300 Milliarden USD. Die Länder, die am wenig-
 17 sten für den Klimawandel verantwortlich sind, wer-
 18 den voraussichtlich Einkommensverluste erleiden,
 19 die 60 Prozent höher sind als in den Ländern mit hö-
 20 herem Einkommen.

21 • Es braucht dafür ein neues globales Ziel für die Kli-
 22 mafinanzierung (New Collective Quantified Goal,
 23 NCQG), welches Entwicklungsländer angemessen
 24 beim Umgang mit der Klimakrise unterstützt. Der
 25 Betrag sollte bis 2030 auf mind. eine Billion USD
 26 jährlich erhöht werden, um die tatsächlichen Bedar-
 27 fe zur Bekämpfung der Klimakrise auch nur annä-
 28 hernd decken zu können. Zum einen sollten hier-
 29 für Unterziele für Emissionsminderung, Anpassung
 30 an den Klimawandel und Klimafolgeschäden ge-
 31 setzt werden, damit neben CO2-Reduktion auch der
 32 Schutz vulnerabler Gruppen vor den Folgen des Kli-
 33 mawandels sichergestellt wird. Außerdem bedarf es
 34 eines gerechten Verteilungsmechanismus der Kos-
 35 ten und einer konkreten Bezifferung des Beitrags al-
 36 ler Länder mit den höchsten CO2-Ausstößen. Hier-
 37 zu zählt auch eine Verbreiterung der Geberbasis ge-
 38 messen an den aktuellen Pro-Kopf-Emissionen, um
 39 weitere Finanzierungsmittel freizusetzen.

40 • Um ausreichend Klimafinanzierung bereitzustellen zu
 41 können, muss die deutsche Regierung sicherstel-
 42 len, dass die deutsche Zusage von 6 Milliarden Eu-
 43 ro Klimafinanzierung bis 2025 eingehalten wird. Ab
 44 2025 müssen Mittel im Haushalt eingeplant wer-
 45 den, die sich an einem fairen Anteil des neuen glo-
 46 balen Klimafinanzierungsziels von mindestens 8 bis
 47 10 Milliarden Euro pro Jahr orientieren. Für einen

Empfehlung der Antragskommission**Vertagt auf LPT I-2026 (Konsens)****LPT I-2025: Überwiesen an Forum Klimaschutz + FA X + Landesgruppe als Material**

Votum FA X. Grundsätzlich ist der Antrag begrüßenswert, kann aber im Detail nicht bewertet werden. Es wird vorgeschlagen, dass beide Fas zu diesem Thema sich austauschen und einen gemeinsamen Workshop organisieren könnten

48 zielgenauen Mitteleinsatz sollen hierbei humanitä-
49 re und rechtsstaatliche Kriterien berücksichtigt wer-
50 den und die Zivilgesellschaft vor Ort eingebunden
51 werden.

- 52 • Die Ausgestaltung des Loss and Damage Funds
53 durch klare Zeitleisten und Kriterien für Einzahlung
54 und Verwendung des Geldes ist essentiell. Deutsch-
55 land sollte den Fonds nachhaltig finanzieren und
56 sich als Mitglied des Boards dafür einsetzen, dass
57 die Gelder direkt bei den schutzbedürftigsten Ge-
58 sellschaftsgruppen ankommen, wofür eine enge Zu-
59 sammenarbeit mit der Zivilgesellschaft vor Ort nö-
60 tig ist.
- 61 • Neben Krediten sollten verstärkt Zuschüsse und
62 alternative Finanzierungsarten Anwendung finden
63 (z.B. debt for climate swaps), um die Verschuldung
64 von Ländern im sog. Globalen Süden nicht weiter
65 anzufeuern. In diesem Kontext sollte die Frage der
66 Klimafinanzierung mit der Reform der internationa-
67 len Finanzarchitektur zusammen gedacht werden,
68 um Staaten mehr Anreize und bessere Unterstü-
69 tzung für Investitionen in globale öffentliche Güter
70 wie den Klimaschutz zu bieten und u.a. ein
71 Staateninsolvenzverfahren aufgesetzt werden.
- 72 • Wir unterstützen eine weltweite Mindeststeuer für
73 Milliardäre, wie von Brasilien in der G20 vorgeschla-
74 gen. Die faire Besteuerung großer Vermögen könn-
75 te nötiges Geld für den Klimaschutz bereitstellen
76 und würde dafür sorgen, dass die sehr reichen Be-
77 völkerungsgruppen, die in besonderem Maße für die
78 Klimakrise verantwortlich sind, auch zu deren Be-
79 kämpfung angemessene Beiträge leisten. Und nicht
80 zuletzt ist es wichtig, dass klimaschädliche Subven-
81 tionen weltweit abgebaut werden, u.a. im Flugver-
82 kehr.

83
84 **II. Den Just Transition Ansatz konsequent anwenden, u.a.**
85 **bei der Bestimmung der national festgesetzten Beiträge**
86 **(NDCs) und des Globalen Anpassungsziels (GGA), sowie**
87 **beim Just Transition Work Programme (JTWP).**

- 88 • Derzeit beinhalten nur weniger als 40% aller NDCs
89 explizit Just Transition Prinzipien, was bedeutet,
90 dass in einem Großteil der Maßnahmen zur Be-
91 kämpfung des Klimawandels soziale Gerechtigkeit
92 und die Einbindung von Gewerkschaften und der
93 Zivilgesellschaft in die Transformation nicht ausrei-
94 chend berücksichtigt werden. Durch die Integrati-
95 on von Just Transition Elementen in NDCs und des
96 GGAs kann allerdings nicht nur ein sozial gerech-
97 ter Strukturwandel hin zu mehr Klimaschutz unter
98 Einbindung marginalisierter Gruppen sichergestellt
99 werden. Just Transition Ansätze bedeuten auch re-
100 duzierte systemische Risiken der Transformation

101 und sind so attraktiver für öffentliche und private
102 für Investor*innen. Und nicht zuletzt tragen sozia-
103 le gerechte Klimaschutzmaßnahmen, die von einer
104 breiten Bevölkerungsgruppe getragen werden, auch
105 zu einer größeren Akzeptanz bei.

- 106 • In den Verhandlungen zum JTWP müssen die ILO-
107 Leitlinien für Just Transition sowie die Arbeitneh-
108 mer*innenrechte fest verankert werden. Das JTWP
109 sollte konkrete und verbindliche Empfehlungen für
110 die Umsetzung machen und sich weniger auf proze-
111 durale Elemente konzentrieren.

112

113 **III. Konkrete Maßnahmen zur Reduktion der Gender-**
114 **bedingten Ungerechtigkeiten, die durch den Klimawan-**
115 **del entstehen, definieren:**

- 116 • Es braucht dringend einen neuen und umfassenden
117 Gender Action Plan, der die Querverbindungen zu
118 Just Transition und Menschenrechten herstellt. Be-
119 reits erreichte Fortschritte bei Gendergerechtigkeit
120 im Rahmen des Lima Work Programmes müssen ver-
121 teidigt werden sowie Ziele, Indikatoren zur Messung
122 des Fortschritts bzgl. Gendergerechtigkeit im Hin-
123 blick auf den Klimawandel und Verantwortlichkei-
124 ten klarer definiert werden.

125

126 **IV. Zivilgesellschaftliche Räume und Umweltaktivist*in-**
127 **nen schützen**

- 128 • 196 Umwelt- und Klimaaktivist*innen wurden 2023
129 weltweit ermordet. Sichere und freie Räume für ei-
130 ne aktive Zivilgesellschaft sind unabdingbar für of-
131 fene Gesellschaften und Fortschritte für wirksamen
132 und inklusiven Klimaschutz und müssen daher un-
133 bedingt geschützt werden. Daher sollte von der SPD
134 darauf hingewirkt werden, dass die jeweilige COP
135 Präsidentschaft Menschenrechte achtet und Zivilge-
136 gesellschaft schützt, z.B. durch die öffentliche Thema-
137 tisierung diesbezüglicher Verstöße durch die Bun-
138 desregierung.

139